

OEDIV-HR Support Package Service – 01/2026

Sehr geehrte Kundinnen und Kunden,

nachfolgend haben wir für Sie das aktuelle SAP-Support Package für Januar 2026 analysiert und Ihnen Informationen zu den wichtigsten Hinweisen zusammengestellt.

Anbei finden Sie eine Gesamtübersicht mit allen Hinweisen aus dem Support Package. Hinweise, die gesetzliche Änderungen betreffen, sind farblich hervorgehoben.

Bei den meisten Hinweisen reicht es aus, diese einzuspielen und ggfs. eine Rückrechnung vorzunehmen. Sofern im Einzelfall zusätzliche Aktivitäten erforderlich sind, werden diese hier skizziert.

- ⇒ Wenn Sie dieses Support Package im Rahmen der Wartung eingespielt haben, müssen Sie die zusätzlichen Aktivitäten nicht ausführen!

Vor Einbau und/oder Umsetzung eines Hinweises empfehlen wir Ihnen, diesen im Original zu lesen und im Zweifelsfalle mit uns Kontakt aufzunehmen.

Inhalt

Abrechnung	2
Sozialversicherung	2
Steuern	2
Änderungen in Meldeverfahren	4
Meldeverfahren Allgemein	4
Lohnsteueranmeldung, Lohnsteuerbescheinigung, ELStAM	5
ELStAM-PKV	7
DEÜV	12
AAG Meldeverfahren Aufwendungsausgleichsgesetz	12
ZMV Zahlstellenmeldeverfahren	13
DaBPV – Datenaustausch Beitragsdifferenzierung in der Pflegeversicherung (PUEG)	13
EEL – Meldeverfahren Entgeltersatzleistungen	15
eAU – Meldeverfahren	16
BA-BEA - Bescheinigungen elektronisch Annehmen – Arbeitsagentur	17
RV-BEA Forms	19
DSAK – Datensatz Arbeitgeberkonto	19
UV-Meldeverfahren	19
euBP – elektronisch Unterstützte Betriebsprüfung	19
A1– Meldeverfahren	20
Kurzarbeit	21
Bescheinigungswesen	22
Öffentlicher Dienst	23

ABRECHNUNG

Hinweis 3697887 – Urlaub nach EuGH Kontingente: Abbruch ohne BAdI Implementierung für HRPAYDE_UB_B_KONT

Bei der Teilung von Kontingenten wegen eines Wechsels des Beschäftigungsumfangs wird beim Vorliegen von Abwesenheiten geprüft, ob diese die Kontingente kürzen. Bei dieser Prüfung wird die Methode `get_start_date_quota_split` des BAdIs `HRPAYDE_UB_B_KONT` gerufen. Wenn es keine aktive Implementierung dieses BAdIs gibt, kommt es zu einem Abbruch.



Durch diesen Hinweis wird eine Prüfung ergänzt und die Methode `get_start_date_quota_split` wird nur noch bei vorhandener Implementierung des BAdIs `HRPAYDE_UB_B_KONT` gerufen.

SOZIALVERSICHERUNG

Hierzu sind keine expliziten Hinweise vorhanden. Beachten Sie aber bitte den **Hinweis 3696882 - SV: Umstellung der Datenannahmestelle der KKH (Betriebsnummer 15451439)** unter Meldeverfahren Allgemein.

STEUERN

Hinweis 3696844 – Arbeitskammer Bremen: Anpassung Beitragssatz zum 01.01.2026

Ab dem 01.01.2026 sinkt der Beitrag zur Arbeitnehmerkammer der Arbeitskammer Bremen auf **0,11** Prozent.

Folgende manuelle Tätigkeiten (Änderung der Konstante **AKBRE**) sind durchzuführen:



5. Öffnen Sie Transaktion *SM30* und wählen Sie die Tabelle *V_T511K*.
6. Drücken Sie den Button *Pflegen* und wählen Sie die HCM Lokalisierung *01*.
7. Wählen Sie *Positionieren* und geben Sie als Konstante *AKBRE* an.
8. Markieren Sie diesen Eintrag und drücken Sie den Button *Aufr.<-> Verb.*
9. Danach markieren Sie den Eintrag mit Datum vom 01.01.2025 bis 31.12.9999 und wählen Sie *Abgrenzen*.
10. Wählen Sie als Datum den 01.01.2026 und ändern Sie den Wert der Konstante für den Zeitraum 01.01.2026 bis 31.12.9999 auf **0,11**.



Rechnen Sie eventuell bereits für Januar 2026 abgerechnete Periode mit Arbeitskammerbeiträgen für Bremen (Lohnart /537) zurück.

Hinweis 3621316 – DST: Versteuerung von Nachzahlungen laufender Bezüge - Fehler bei Abflussbildung

Dieser SAP-Hinweis ist nur von Bedeutung, wenn Sie den Beratungshinweis *Versteuerung von Nachzahlungen laufender Bezüge* (2398429) (Ursprungshinweis: (336971)) in Ihrem Abrechnungsschema implementiert haben.

Eine Personalnummer erhält rückwirkend eine laufende Zahlung. Diese fließt in die Folgeperiode ab und wird dort versteuert. Wird die Periode mit dem Abfluss aus dem Folgejahr zurückgerechnet, kann es zu einem fehlerhaften Abfluss der Nachzahlung mit negativem Betrag in die aktuelle Periode kommen.

Dies resultiert aus einem Fehler bei der Verarbeitung von laufenden Nachzahlungen im Sub-Schema *DVN2*, wenn das Zuflussprinzip von *S* (*Steuerberechnung nach dem Zuflussprinzip für sonstige Bezüge*) auf *Z* (*Steuerberechnung nach dem Zuflussprinzip*) wechselt. Der Wechsel erfolgt automatisch, wenn die Rückrechnung aus einem Folgejahr erfolgt.

Der vorliegende Hinweis verspricht hier Abhilfe.

Hinweis 3652558 – VBEZ: Korrekturen zur Ab-/Zuflussbildung des sonstigen Versorgungsbruttos

Dieser SAP-Hinweis korrigiert folgende Fehler im Rahmen der Abflussbildung von Versorgungsbezügen:

- Das System bildet in Rückrechnungen fälschlich Ab-/Zuflusslohnarten des sonstigen Versorgungsbruttos (Lohnarten */Z20* und */A20*). Die fehlerhafte Abflussbildung hat keinen Einfluss auf die Steuerberechnung.
- Die Kappung (Korrektur) von Versorgungsbruttolohnarten (*/118*, */120*), die größer sind als die jeweiligen Steuerbruttolohnarten (*/106*, */111*), erfolgt in der Abrechnung erst in der Steuerberechnung in Abrechnungsfunktion *DST LST*. Da die Abflussbildung in Abrechnungsfunktion *DST ABF* davor aufgerufen wird, können in Rückrechnungsperioden Abflüsse von Versorgungsbruttolohnarten gebildet werden, die nicht mit den Ergebnislohnarten in der Abrechnungstabelle *RT* übereinstimmen.

Ursache für das Entstehen der fehlerhaften Ab- und Zuflüsse sind vorangehende Korrekturen bei der Abflussbildung von Versorgungsbezügen.



Rechnen Sie betroffene Fälle nach Einbau des Hinweises zum erstmaligen Auftreten des Fehlers zurück.

ÄNDERUNGEN IN MELDEVERFAHREN

MELDEVERFAHREN ALLGEMEIN

Hinweis 3696882 – SV: Umstellung der Datenannahmestelle der KKH (Betriebsnummer 15451439)

Ab dem 01.01.2026 werden u.U. SV-Eingangsdateien von der *Kaufmännischen Krankenkasse (KKH)* nicht mehr abgeholt.

Ursache ist die Umstellung der Datenannahmestelle für Meldungen von der KKH zum 15.01.01.2026 von der *vdek* (Betriebsnummer 15451439) auf die *BITMARK Service GmbH* (Betriebsnummer 92111581).

Voraussetzungen sind:

- Sie haben noch keine SV-Ausgangsdateien für die Annahmestelle 92111581 für eine Datenart und einen Datenlieferanten.
- Sie verwenden noch die SV-Abholreports *RPCSVPDO* oder *RPCSVPDO_IN*.

Beispiel:

Sie haben noch keine DEÜV-Ausgangsdateien (Datenart *DUA*) an die Annahmestelle *BITMARK* (92111581) verschickt. Ab dem 01.01.2026 fragen die Abholreports *RPCSVPDO* und *RPCSVPDO_IN* nur bei der alten Annahmestelle *vdek* (15451439) nach abzuholenden DEÜV-Eingangsdateien (Datenart *DUI*) nach. DEÜV-Eingangsdateien von der Annahmestelle *BITMARK* werden dagegen nicht angefragt.



Mit der neuen Schnittstelle (vollständige Abholung mit eXtra 1.5 und SOAP (Abholreport *RP_PAYDE_B2A_SV_COLLECTOR*)) kann das oben beschriebene Symptom nicht auftreten, da für alle Betriebsnummern und Datenarten die Datenabholung erfolgt.

Falls für eine Datenart und Datenlieferanten Dateien an die *vdek* (15451439) geschickt wurden, werden durch diesen Hinweis in den SV-Abholreports *RPCSVPDO* und *RPCSVPDO_IN* - falls nicht bereits sowieso vorgesehen - auch Anfragen nach neuen SV-Eingangsdateien an die *BITMARK* (92111581) gestellt.

Bei der nächsten Abholung von SV-Eingangsdateien werden nach der Korrektur Anfragen nach DEÜV-Eingangsdateien sowohl an die alte - *vdek* (15451439) - als auch an die neue - *BITMARK* (92111581) Annahmestelle gestellt.

LOHNSTEUERANMELDUNG, LOHNSTEUERBESCHEINIGUNG, ELSTAM

Hinweis 3698228 – Es werden aufgrund falschen Customizings unnötige Lohnsteuerbescheinigungen für 2024 und / oder 2025 mit doppelten Werten in Zeile 28 erzeugt

Der Report *Lohnsteuerdaten erstellen* (RPCTXVD1) erzeugt unerwartet unnötige Korrekturbescheinigungen für 2024 und / oder 2025. In Zeile 28 werden die Beträge in doppelter Höhe ausgewiesen.

Der Grund für die doppelte Meldungen liegt in einem doppelten Eintrag von *PRIV* in der Customizingtafel *V_T596X* (Teilapplikation *LST2*). Der Summenlohnart *PRIV* (Beiträge zur privaten KV und Pflege-Pflichtversicherung) sind zwei Einträge für denselben Zeitraum zugeordnet, z. B.:

Sicht mit dem Button *Aufr.<->Verb.* Aufreißen:

PRIV	B280	01.01.2010	31.12.2025
		01.01.2010	31.12.9999

Laut manueller Nacharbeit im SAP-Hinweis 3651912 - *LStB: Auslieferung der Anpassungen für 2026* unter *Löschen* des Eintrags in Tabellensicht *V_T596X* soll nur der Eintrag *PRIV* mit der **Gültigkeit 01.01.2010 bis 31.12.2025** verbleiben.



Sie können die Erstellung neuer, unnötigen Lohnsteuerbescheinigungen verhindern, indem Sie den Eintrag *PRIV* mit der Gültigkeit 01.01.2010 - 31.12.9999 löschen.

Hinweis 3696405 – LStB: Falsche Länderkennung für Auslandsadressen bei Bescheinigungen für 2025

Beim Versenden der Lohnsteuerbescheinigungen (LStB) für 2025 im B2A-Manager kommt es zu einer Ablehnung aufgrund einer falschen Länderkennung. Im Report *Lohnsteuerdaten erstellen* (RPCTXVD1) wird die ab 01.01.2026 zu verwendende ISO-Code Länderkennung bereits für frühere Zeiträume ermittelt. Der Fehler tritt nach dem Einbau des SAP-Hinweises 3667087 auf und betrifft nur Meldungen, die Mitarbeiter mit Auslandsadressen enthalten.



Werden Meldung mit einer falschen Länderkennung versendet und abgelehnt, dann setzen Sie den Status mithilfe des Reports *Fehlerhafte Datensätze ermitteln / zur Verarbeitung kennzeichnen* (RPCTXWD1) für die abgelehnten Nutzdatentickets auf *Datensätze neu erstellen*. Nach Einbau des Hinweises erstellen und verschicken Sie die Meldungen erneut.

Hinweis 3695933 – LStB: Fehlerhafte Nullmeldungen, wenn Teilapplikation LBKA aktiv und Produktivstart vor dem Gültigkeitsbeginn liegt

Sie erstellen Daten für die Lohnsteuerbescheinigung (LStB) über den Report *Lohnsteuerdaten erstellen* (RPCTXVD1) für das Vorjahr. Das System erstellt eine 'Null-Meldung' (keine Besteuerungsgrundlagen), obwohl Werte für das Vorjahr zu bescheinigen sind.

Alle folgend genannten Voraussetzungen müssen für das Auftreten des genannten Fehlers erfüllt sein.

- Durch z. B. eine Systemübernahme ist das Merkmal *DTXPP (Produktivstart Lohnsteuerbescheinigung mit Elster)* bei Ihnen für verschiedene Personalbereiche (nicht alle) mit einem Wert im aktuellen Jahr gepflegt.
- Die Teilapplikation *LBKA* ist für das aktuelle Jahr in Ihrem System aktiv.
- Der Personalbereich, für den Daten für die LStB erstellt werden sollen, hat ein abweichendes (früheres) Datum für den Produktivstart (z. B. 200412).

Grund für den Fehler ist, dass für den Teilbereich, bei dem der Produktivstart vor dem aktuellen Jahr liegt, keine Abrechnungsergebnisse bei aktiver Teilapplikation *LBKA* ausgewertet werden.

Dieser SAP-Hinweis liest bei aktiver Teilapplikation *LBKA* zusätzlich den Rückgabewert des Merkmals *DTXPP*. Das System verhindert künftig die Sperre der Auswertung der Abrechnungsergebnisse, wenn die Gültigkeit der Teilapplikation *LBKA* größer als der Rückgabewert des Merkmals *DTXPP* ist.



Erstellen Sie die LStB nach Einspielen der Korrekturanleitung neu.

Hinweis 3684934 – ELStAM: Meldungen werden gesammelt, allerdings erfolgt kein Eintrag im B2A-Manager

Beim Ausführen des Reports *ELStAM: An- und Abmeldungen sammeln* (RPCE2SD0_OUT) bzw. *ELStAM: An- und Abmeldungen sammeln - Verteiltes Reporting* (RPCE2SD0_OUT_VR) werden Meldungen gesammelt, aber es wird kein B2A-Eintrag angelegt.

Ursache dafür ist, dass beim Erstellen des XML für die Nutzdaten-Blöcke die auf der Middleware verwendete EriC-Version abgefragt wird. Kommt es hier zu einem Fehler, so wird dieser zwar ins Ausgabeprotokoll des Reports geschrieben, die Meldungen werden aber trotz Fehler in den Status *gesammelt* gesetzt. Ein neuer B2A-Eintrag wird nicht erzeugt.

Mit dem Einspielen der Korrektur bleiben die Meldungen im Status *neu*.

Korrigieren Sie das Problem auf der Middleware und führen Sie den Report erneut aus.

ELStAM-PKV

Hinweis 3685346 – ELStAM-PKV: Rückbau der Warnmeldung im Zuordner-Report bezüglich der Pflege der Dummy-Institute

Für die Einführung der PKV-Daten ins ELStAM-Verfahren wurde der Report *ELStAM: XML-Daten in ELStAM-Tabelle übernehmen* (RPCE2SD0_IN) um eine Prüfung bezüglich der Pflege der Dummy-Institute erweitert. Damit sollte sichergestellt werden, dass das Customizing bis zum Produktivstart der PKV-Daten bereits korrekt gepflegt ist.

Diese Prüfung wird mit diesem SAP-Hinweis wieder zurückgebaut. Sollte das Customizing noch nicht gepflegt sein, so erfolgt eine entsprechende Fehlernachricht im Report *ELStAM-PKV: Meldungen verarbeiten* (RP_PAYDE_E2_PKV_PROCESS_NOTIFS).

Hinweis 3687995 – ELStAM-PKV: Laufzeitfehler beim Aktualisieren des Infotyp 0079 bei kundenindividueller Erweiterung CI_P0079 und Sperrkennzeichen

Beim Ausführen des Reports *ELStAM-PKV: Meldungen verarbeiten* (RP_PAYDE_E2_PKV_PROCESS_NOTIFS) kommt es zum Laufzeitfehler *STRING_OFFSET_TOO_LARGE*.

Ursache und Voraussetzungen dafür sind:

- Sie haben den Infotyp *SV-Zusatzvers.* (0079) kundenindividuell über die Struktur *CI_P0079* erweitert.
- Sie möchten PKV-Daten, die über das ELStAM-Verfahren gekommen sind, mit dem Report *RP_PAYDE_E2_PKV_PROCESS_NOTIFS* verarbeiten.
- Für den Gültigkeitszeitraum der PKV-Daten existiert bereits ein Datensatz im Infotyp 0079, bei dem das Feld *Sperre gegen Update durch ELStAM* gepflegt ist.

Mit dem Einspielen der Korrektur kommt es nicht mehr zum Laufzeitfehler.

Hinweis 3690375 – ELStAM-PKV: Korrekturen nach dem produktiven Einzug der PKV-Daten ins ELStAM-Verfahren zum 29.11.2025

Beim Ausführen des Reports *ELStAM: XML-Daten in ELStAM-Tabelle übernehmen* (RPCE2SD0_IN) kommt es zur Fehlermeldung *'Neuer Eintrag konnte nicht in Tabelle P01E2_PKV eingefügt werden für GUID <GUID>' (HRPAYDE_E2_PKV 021)*. Es wurden eventuell nicht alle PKV-Meldungen auf der Datenbank gespeichert, da die Verarbeitung der PKV-Daten bei dem Personalfall beendet wurde, bei dem es zum Fehler kam.

Die Basis-ELStAM sind nicht betroffen und wurden korrekt verarbeitet sowie auf der Datenbank gespeichert. Der Status der betroffenen Änderungsliste verbleibt im Status **00** (*neu*) und wird eventuell mehrmals bei erneuter Ausführung des Reports *RPCE2SD0_IN* verarbeitet.

Beim Ausführen des Reports *ELStAM: XML-Daten in ELStAM-Tabellen übernehmen - Verteiltes Reporting* (RPCE2SD0_IN_VR) können Meldungen nicht zugeordnet werden. Es erscheint die Fehlermeldung 'Keine Pernr zur IdNr <IDNR> und AG-Steuernr. <AGSTNR> zum <STICHTAG> gefunden' (HRPAYDEE2 408).

Mit diesem SAP-Hinweis werden noch folgende Punkte korrigiert:

- Über den Report *ELStAM-PKV: Sachbearbeiterliste* (RP_PAYDE_E2_PKV_LIST) können Meldungen im Status *zu verarbeiten* nicht über den Druckknopf *manuell bearbeitet* in den Status *manuell verarbeitet* gesetzt werden.
- Beim Simulieren von PKV-Daten für mehrere Jahre mit dem Report *ELStAM: Eingangsmeldungen simulieren* (RPUE2AD0) kommt es beim Aktualisieren des Infotyps *SV-Zusatzvers. (0079)* mit dem Report *ELStAM-PKV: Meldungen verarbeiten* (RP_PAYDE_E2_PKV_PROCESS_NOTIFS) zu einem Folgefehler, bei dem der Infotyp mit Endedatum 31.12.9999 nicht die aktuellen PKV-Daten enthält.
- Die Aussteuerung von einzelnen Personalfällen war im Report *ELStAM-PKV: Meldungen verarbeiten* (RP_PAYDE_E2_PKV_PROCESS_NOTIFS) nicht korrekt. Wurde ein Personalfall ausgeschlossen, so wurde gar kein Personalfall prozessiert.
- Die Selektion im Report *ELStAM-PKV: Sachbearbeiterliste* (RP_PAYDE_E2_PKV_LIST) war bei der Auswahl von Personalfällen mit *Alle Meldungen anzeigen* in Verbindung mit markiertem Ankreuzfeld *Nicht zugeordnete Meldungen* nicht korrekt. In diesem Fall wurden nur nicht zugeordnete Meldungen angezeigt.

Folgende Ursachen bzw. Voraussetzungen müssen gegeben sein:

Für mindestens einen Personalfall wurden über ELStAM PKV-Daten geliefert, deren Gültigkeitsende identisch ist. Beispielsweise hat ein Personalfall für das gesamte Jahr 2026 zwei PKV-Datensätze geliefert bekommen.



Diese Fälle sollten auf Seiten des BZSt bereits aufsummiert werden, sodass für einen Gültigkeitszeitraum nur ein PKV-Datensatz an Sie übermittelt wird.

Eine detaillierte Beschreibung der Fehlerursache ist in SAP-Hinweis [3691646](#) - *ELStAM-PKV: Fehlermeldung - Neuer Eintrag konnte nicht in Tabelle P01E2_PKV eingefügt werden für GUID <xxx> enthalten*.

Ursache ist der SAP-Hinweis [3678332](#) - *ELStAM: Verteiltes Reporting - Hohe Laufzeiten im Report RPCE2SD0_IN_VR nach Einspielung des SAP-Hinweises 3624896*. Mit diesem wurde das neue Ankreuzfeld *Zuordnungsversuch in alle RFCs* auf dem Selektionsbild ausgeliefert. Dieses ist per Default immer gesetzt. Um dieses Reportverhalten allerdings weiterhin in Ihren Varianten des Reports zu behalten, müssen Sie die Varianten entsprechend anpassen und das Ankreuzfeld markieren.

Mit dem Einspielen der Korrektur werden die aufgelisteten Punkte korrigiert. Für die anfangs genannten Fehlermeldungen gehen Sie jeweils wie folgt vor:

Fehlermeldung: 'Neuer Eintrag konnte nicht in Tabelle P01E2_PKV eingefügt werden für GUID <GUID>' (HRPAYDE_E2_PKV 021)



Sollten Sie von der Fallkonstellation betroffen sein, so führen Sie nach Einspielen des SAP-Hinweises den Report *ELStAM: XML-Daten in ELStAM-Tabelle übernehmen* (RPCE2SD0_IN) für die betroffenen Änderungslisten erneut aus.

Wenn Sie den Status der Änderungslisten bereits über den Report *ELStAM: Hilfs- und Analyseprogramm* (RPUE2BD0) auf **01** (*verarbeitet*) gesetzt haben, so aktivieren Sie die Änderungsliste für eine erneute Verarbeitung wie folgt:



1. Ändern Sie mit Report *ELStAM: Hilfs- und Analyseprogramm* (RPUE2BD0) über die Option *Status der Änderungsliste ändern* den Status der bereits verarbeiteten Änderungsliste vom Status **01** (*verarbeitet*) auf **02** (*Verarbeitung wiederholen*). Markieren Sie dazu das Ankreuzfeld *Status ändern* im Gruppenrahmen und pflegen entsprechend die beiden Felder *Status* und *Neuer Status*.
2. Im Feld *B2AID* tragen Sie die *B2AID* der Änderungsliste (Auswahl über *F4-Hilfe*) ein, deren Verarbeitung Sie wiederholen möchten.
Alternativ können Sie die Selektion über Datum und Uhrzeit einschränken.
Wichtig: Führen Sie die Statusumsetzung zuerst ohne Datenbank-Update aus und kontrollieren Sie die vorgenommene Selektion auf Richtigkeit.
3. Führen Sie anschließend den Report *ELStAM: XML-Daten in ELStAM-Tabelle übernehmen* (RPCE2SD0_IN) erneut aus. Zu diesem Zeitpunkt muss die Korrektur aus dem SAP-Hinweis bereits im System sein.

Durch die erneute Verarbeitung der Änderungsliste werden die ELStAM-Daten dem Personalfall erneut zugeordnet und für das nachfolgende Update der Stammdaten (Infotypen *Steuer D.* (0012) bzw. *SV-Zusatzvers.* (0079)) gespeichert. Dadurch kann es zu doppelten/mehrfach vorhandenen Datensätzen mit identischem Inhalt kommen.

Diese werden aber beim anschließenden Start des Reports *ELStAM: Stammdaten durch ELStAM aktualisieren* (RPCE2VD0_IN) bzw. *ELStAM-PKV: Meldungen verarbeiten* (RP_PAYDE_E2_PKV_PROCESS_NOTIFS) verarbeitet.

Fehlermeldung: 'Keine Pernr zur IdNr <IDNR> und AG-Steuernr. <AGSTNR> zum <STICHTAG> gefunden' (HRPAYDEE2 408).

Sollten Sie den RPCE2SD0_IN_VR bereits produktiv ausgeführt haben, so sollten die PKV-Meldungen im Status *nicht zugeordnet* (**34**) stehen.



In diesem Fall können Sie den Report *RPCE2SD0_IN_VR* nochmal mit markiertem Ankreuzfeld *ELStAM-PKV erneut zuordnen* ausführen. Dadurch wird ein erneuter Zuordnungsversuch durchgeführt. Dazu muss keine Änderungsliste auf dem Selektionsbild ausgewählt werden, da die PKV-Meldungen bereits korrekt aus dem XML extrahiert und in die SAP-Tabellen übernommen wurden.



Sollten Sie den RPCE2SD0_IN_VR bisher nicht produktiv ausgeführt haben, so können Sie diesen nach dem Einspielen dieses SAP-Hinweises fehlerfrei durchführen. Prüfen Sie dennoch zuerst in einem Testlauf das Ergebnis.

Hinweis 3693950 – ELStAM-PKV: Kein Eintrag in Tabelle V_T596L für 01 E2PV 00.00.0000

Beim Ausführen des Reports *ELStAM-PKV: Meldungen verarbeiten* (RP_PAYDE_E2_PKV_PROCESS_NOTIFICATIONS) kommt es zu Fehlermeldung *SD 202: 'Kein Eintrag in Tabelle V_T596L für 01 E2PV 00.00.000'.*

Dies ist ein Folgefehler aus SAP-Hinweis 3690375. Hier kommt es bei Personalfällen mit gesplitteten PKV-Daten (Beispiel: Zeitraum 1: Monat 01 bis 03 und Zeitraum 2: Monat 04 bis 12) zu einem Fehler beim Lesen des Customizings.

Grund dafür ist, dass in diesem Fall mit einem initialen Datum das Customizing für die Teilapplikation *E2PV* in der Tabelle *V_T596L* gelesen wird.

Mit dem Einspielen der Korrektur wird das Customizing mit dem korrekten Datum gelesen und es kommt nicht mehr zum Fehler. Die PKV-Daten des Personalfalls werden erfolgreich verarbeitet.

Hinweis 3693574 – ELStAM-PKV: Automatisches Verarbeiten von Nullmeldungen

Beim Ausführen des Reports *ELStAM-PKV: Meldungen verarbeiten* (RP_PAYDE_E2_PKV_PROCESS_NOTIFICATIONS) kommt es zu folgenden Fehlernachrichten im Ausgabeprotokoll:

- *HRPAYDE_E2_PKV 023: 'IT79 (<BEGDA>-<ENDDA>) als HAG wegen Nullmeldung ohne Vorsorge manuell zu pflegen'*
- *HRPAYDE_E2_PKV 028: 'IT79 (<BEGDA>-<ENDDA>) muss aufgrund einer Nullmeldung manuell gepflegt werden'*

Aufgrund der Fehlernachricht wurden diese Meldungen bisher nicht automatisch in den Infotyp *SV-Zusatzvers.* (0079) übernommen.

Mit dem Einspielen der Korrektur werden die folgenden Konstellationen nun unterstützt und es erfolgt eine automatische Aktualisierung des Infotyp *SV-Zusatzvers.* (0079):

- Erhält ein Personalfall mit einem angemeldeten Hauptarbeitsverhältnis PKV-Daten mit Zuschüssen aber ohne Vorsorgebeiträge, so wird der Infotyp mit der folgenden Warnung aktualisiert: *HRPAYDE_E2_PKV 043: 'IT79 - Subty <SUBTY> (<BEGDA>-<ENDDA>) aktualisiert als HAG mit Zuschuss / ohne Vorsorge'.*

Das XML der PKV-Daten sieht wie folgt aus:

```
<KVZuschuss monatsBeitrag="Eurobetrag"/>
<KVVorsorge monatsBeitrag="0"/>
<PVZuschuss monatsBeitrag="Eurobetrag"/>
<PVVorsorge monatsBeitrag="0"/>
```

Die Meldung dieser Konstellation kann u. a. folgende Ursachen haben:

1. Der Personalfall ist nicht Versicherungsnehmer.

Der Versicherungsnehmer selbst hat ein angemeldetes Hauptarbeitsverhältnis. Über ELStAM bekommt nur der Versicherungsnehmer mit einem Hauptarbeitsverhältnis die Summe aller Vorsorgebeiträge. Die mitversicherten Personen bekommen nur die Beiträge für die Zuschüsse gemeldet.

2. Der Personalfall hat seine Beiträge nicht bezahlt.

In diesem Fall werden nur die Vorsorgebeiträge korrigiert, die Zuschüsse werden nicht korrigiert.

Siehe dazu Randziffer 32 des BMF-Schreibens vom 3. Juni 2025 (BStBl I 2025, S. 1454):

"Die Lohnsteuerabzugsmerkmale nach § 39 Absatz 4 Nummer 4 EStG sind zukunftsgerichtet, d. h., es handelt sich um monatliche Beiträge, die vom Versicherungsnehmer für die versicherten Personen zu zahlen sind. Werden die geforderten Beiträge nach § 39 Absatz 4 Nummer 4 Buchstabe b EStG (Beiträge, die in die Berechnung der Vorsorgepauschale einfließen) trotz Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Versicherungsunternehmen nicht geleistet, so werden die entsprechenden Lohnsteuerabzugsmerkmale nach entsprechender Korrektur der Datenübermittlung durch das Versicherungsunternehmen rückwirkend korrigiert. Werden die geforderten Beiträge nach § 39 Absatz 4 Nummer 4 Buchstabe a EStG (Grundlage für die Steuerfreiheit des Arbeitgeberzuschusses) trotz Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Versicherungsunternehmen nicht geleistet, so werden die entsprechenden Lohnsteuerabzugsmerkmale jedoch nicht rückwirkend korrigiert (siehe auch Rn. 31);"

Prüfen Sie daher den Sachverhalt mit dem Personalfall.

- Erhält ein Personalfall PKV-Daten mit Vorsorgebeiträgen aber ohne Zuschüsse, so wird der Infotyp SV-Zusatzvers. (0079) aktualisiert, wenn im Infotyp Sozialversicherung (0013) das KV-Kennzeichen und das PV-Kennzeichen mit *keine Vers.Pflicht (0)* gepflegt ist. In allen weiteren Fällen bleiben Prüffälle und müssen manuell bearbeitet werden.

Das XML der PKV-Daten sieht wie folgt aus:

```
<KVZuschuss monatsBeitrag="0"/>
```

```
<KVVorsorge monatsBeitrag="Eurobetrag"/>
```

```
<PVZuschuss monatsBeitrag="0"/>
```

```
<PVVorsorge monatsBeitrag="Eurobetrag"/>
```

- Erhält ein Personalfall nur Beiträge zu einer Sparte (KV oder PV), so werden nur diese Daten in den Infotyp SV-Zusatzvers. (0079) übernommen.

Diese Konstellation kann vorkommen, wenn der Personalfall bei zwei unterschiedlichen Versicherungen KV- und PV-versichert ist und nur eine der beiden Versicherungen Daten für einen Gültigkeitszeitraum an das BZSt übertragen hat.

Das XML der PKV-Daten mit nur KV-Daten sieht wie folgt aus:

```
<KVZuschuss monatsBeitrag="<Eurobetrag>"/>
<KVVorsorge monatsBeitrag="<Eurobetrag>"/>
<PVZuschuss monatsBeitrag="0"/>
<PVVorsorge monatsBeitrag="0"/>
```

Das XML der PKV-Daten mit nur PV-Daten sieht wie folgt aus:

```
<KVZuschuss monatsBeitrag="0"/>
<KVVorsorge monatsBeitrag="0"/>
<PVZuschuss monatsBeitrag="<Eurobetrag>"/>
<PVVorsorge monatsBeitrag="<Eurobetrag>"/>
```

Voraussetzungen für das automatisierte Aktualisieren des Infotyps *SV-Zusatzvers.* (0079):

- Der Infotyp *Sozialversicherung* (0013) besitzt das SV-Attribut 20 (*privat versichert*).
- Über ELStAM wurden noch nie Beiträge für den Gültigkeitszeitraum gemeldet. Ansonsten würde dies auf eine Stornierung der Versicherung hinweisen.
- Es wurde auch manuell kein Infotyp *SV-Zusatzvers.* (0079) angelegt.



Alle noch nicht manuell verarbeiteten Meldungen werden bei erneuter Ausführung des Reports *ELStAM-PKV: Meldungen verarbeiten* (RP_PAYDE_E2_PKV_PROCESS_NOTIFS) nochmals selektiert.

Damit werden Meldungen, die in der Vergangenheit aufgrund der Fehlermeldungen nicht automatisch zu einem Update des Infotyp *SV-Zusatzvers.* (0079) geführt haben, nochmals verarbeitet.

DEÜV

In diesem Support Package ist erfreulicherweise kein Hinweis dazu enthalten.

AAG MELDEVERFAHREN AUFWENDUNGSAusGLEICHSGESETZ

Hinweis 3682677 – AAG: Beschäftigungsverbot - Mutmassliches statt tatsächliches Entbindungsdatum in Datenbaustein DBBT

Hat eine Mitarbeiterin nach der Geburt des Kindes ein Beschäftigungsverbot, so erfolgt die entsprechende Meldung zur Erstattung nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz (AAG) unter Angabe des mutmaßlichen statt des tatsächlichen Entbindungsdatums aus Infotyp *Mutterschutz/Elternzeit* (0080) im Feld *Mutmasslicher Entbindungstag (MUTEN)* des Datenbausteins *Erstattung der Arbeitgeberaufwendungen Beschäftigungsverbot (DBBT)*.

In der Verfahrensbeschreibung des GKV-Spitzenverbandes vom 03.03.2021 wird für den Datenbaustein *DBBT* unter 5.3.2 *DBBT – Mutmaßlicher Entbindungstag* beschrieben, dass bei Beschäftigungsverbot der tatsächliche Entbindungstag zu übermitteln ist, sofern ein Erstattungsanspruch nach § 20 Abs. 1 MuSchG i. V. m. § 12 oder § 16 Abs. 2 MuSchG (Beschäftigungsverbot nach der Entbindung) vorliegt.

Die Korrektur erfolgt mit der Teilapplikation *AAG-Meldung: Tatsächliches Entbindungsdatum bei BV nach Geburt (MGBQ)*, die in der SAP-Standardauslieferung ab dem 01.01.2027 aktiv wird.

Wenn Sie die Aktivierung dieser Teilapplikation vorziehen möchten, tragen Sie diese in die Customizing-Sicht *Gültigkeitsintervalle nicht gesetzlicher Teilapplikationen (V_T596D)* ein und geben Sie den gewünschten Gültigkeitsbeginn vor.



Mit aktivierter Teilapplikation wird bei einem Beschäftigungsverbot nach der Entbindung das tatsächliche Entbindungsdatum -sofern in Infotyp 0080 vorhanden- statt des mutmaßlichen in das Feld *MUTEN* des Datenbausteins *DBBT* der AAG-Meldung übernommen.

ZMV ZAHLSTELLENMEDEVERFAHREN

Hinweis **3691008** – Zahlstellenmeldeverfahren: Erstellung der Vorabbescheinigung berücksichtigt Vorgabe zum Vorausblick nicht

Sie erstellen Vorabbescheinigungen im Zahlstellenmeldeverfahren mit dem Report *ZMV: Meldungen zur Vorabbescheinigung erstellen* (RPCZOVD0_VORAB). Eingaben auf dem Selektionsbild zum Vorausblick in Monaten haben ohne diesen Hinweis keinen Einfluss auf die erstellten Meldungen.

Der Programmfehler wird mit diesem Hinweis korrigiert.

DABPV – DATENAUSTAUSCH BEITRAGSDIFFERENZIERUNG IN DER PFLEGEVERSICHERUNG (PUEG)

Hinweis **3695867** – DaBPV: Falscher Nachrichtentext in der Sachbearbeiterliste

Mit diesem Hinweis wird ein Fehler behoben, bei dem nicht der korrekte Nachrichtentext in der Sachbearbeiterliste angezeigt wird, nachdem einer der Buttons *Daten verwenden* oder *Daten nicht verwenden* betätigt wurde.

Fälschlicherweise angezeigte Nachrichten sind:

- *Der Monat 00 ist nicht plausibel (S5003)*
- *Zuweisung an das Merkmal RETRO ist nicht erfolgt (P0603)*

Mit diesem Hinweis soll nun nach Drücken der Buttons *Daten verwenden* oder *Daten nicht verwenden* immer die Infonachricht *Manuelle Verarbeitung: Daten verwenden* bzw. *Manuelle Verarbeitung: Daten nicht verwenden* angezeigt werden, insofern es bei der Verarbeitung zu keinen Fehlern gekommen ist.

Hinweis 3659576 – DaBPV: Meldungsverarbeiter: Unberechtigte Prüffälle durch Kinderdaten vor Beginn der Stammdaten

Der Report *Meldungen im DaBPV-Verfahren verarbeiten* (RP_PAYDE_DBP_PROCESS_NOTIFS) verarbeitet Antworten oder proaktive Rückmeldungen nicht automatisch, obwohl die übermittelten Daten zur Anzahl der Kinder mit den im System hinterlegten Kinderdaten übereinstimmen. Die DaBPV-Rückmeldungen erhalten den Status *zu prüfen* und müssen manuell bearbeitet werden.

Der Fehler kann auftreten, wenn der Zeitraum der übermittelten Kinderdaten vor dem Beginn der im System gepflegten Stammdaten beginnt.

Beispiel:

Ein Mitarbeiter tritt zum 1. November ein. Sie erfassen im Oktober bereits vorab die Personalstammdaten, beginnend ab 01.11..

Bei Ausführung des Reports *DaBPV-Ausgangsmeldungen erstellen* (RP_PAYDE_DBP_CREATE_NOTIFS) mit der Einstellung *Vorausblick = 02 (bis Ende des nächsten Monats)* wird für die Personalnummer bereits eine DaBPV-Anmeldung erzeugt. Dies ist im DaBPV-Verfahren zulässig und vorgesehen.

Die DaBPV-Anmeldung muss allerdings zum Tagesdatum gestellt werden und enthält daher bereits Kinderdaten ab Erstelldatum der Anmeldung im Oktober. Bei der Verarbeitung wird nun fälschlicherweise auch der Zeitraum im Oktober verglichen, zu welchem noch keine Stammdaten vorhanden sind.



Der Report *Meldungen im DaBPV-Verfahren verarbeiten* (RP_PAYDE_DBP_PROCESS_NOTIFS) prüft durch diesen Hinweis nur noch Zeiträume, in welchen für eine Personalnummer im Infotyp *Maßnahmen* (0001) ein Satz vorhanden ist und in diesem der *Status Beschäftigung* (Feld STAT2) mit der Ausprägung *aktiv* oder *Rentner* gepflegt ist.

Hinweis 3685330 – DaBPV: Bei Historienanfragen werden nicht alle Daten in den IT0700 übertragen

Sie haben eine Historienanfrage im DaBPV-Verfahren gestellt. Bei der Verarbeitung der Antwort werden nicht alle Daten ab dem *ABDATUM* der Historienanfrage in den Infotyp *Elektronischer Datenaustausch* (0700) geschrieben.

Der Fehler tritt nur auf, wenn Sie zur Verarbeitung der Daten aus dem Notification Tool in die *Sachbearbeiterliste für DaBPV-Meldungen* abspringen. Außerdem tritt der Fehler nur auf, wenn zwischen dem *ABDATUM* der Historienanfrage und dem Gültigkeitsbeginn der Teilapplikation *DaBPV-Meldeverfahren* (DBPV) ein Split des Infotyp *Organisatorische Zuordnung* (0001) vorliegt.

Der vorliegende Hinweis beseitigt den Fehler.

Hinweis 3690522 – DaBPV: Unnötiges Kündigungs/Anmeldungs paar wird erstellt

Nach Einbau von SAP-Hinweis 3638757 kann es bei der Erstellung von Meldungen mit dem Report *DaBPV-Ausgangsmeldungen erstellen* (RP_PAYDE_DBP_CREATE_NOTIFS) zur Erstellung eines unnötigen Kündigungs/Anmeldungs paares kommen.

Es wird eine zweite Anmeldung mit einem späteren Gültigkeitsbeginn erstellt, die aber sonst inhaltsgleich mit der gekündigten Anmeldung ist.

Der Fehler tritt nur auf, wenn der Personalfall einen Wechsel bei einer der Betriebsnummern des Zuordnungsmerkmals hatte. Außerdem muss der Auswertungszeitraum des Reports *DaBPV-Ausgangsmeldungen erstellen* (RP_PAYDE_DBP_CREATE_NOTIFS) in den Monat nach dem Wechsel der Betriebsnummer reichen.

Der vorliegende Hinweis beseitigt den Fehler.

Hinweis 3688487 – DaBPV: Wiederholung einer Historienanfrage innerhalb von 30 Tagen

Sie erstellen Historienanfragen mit dem Report *DaBPV-Historienanfragen erstellen* (RP_PAYDE_DBP_CREATE_NOTIFS_HIS). Innerhalb von 30 Tagen darf keine identische Historienanfrage gestellt werden. Entsprechende Historienanfragen werden nicht erstellt. Allerdings wird bisher keine Nachricht ausgegeben, in der der Grund für die Nichterstellung beschrieben wird.



Durch diesen Hinweis wird eine Warnmeldung ausgegeben, wenn bei einem Personalfall eine Historienanfrage zu einem bestimmten Zeitraum nicht erstellt wurde, weil eine identische Anfrage innerhalb der letzten 30 Tage erstellt wurde.

EEL – MELDEVERFAHREN ENTGELTERSATZLEISTUNGEN**Hinweis 3694117 – EEL: Anpassungen zum Datenbaustein Anschrift (DBAN) mit Datensatzversion 13**

Bislang war der Datenbaustein *Anschrift (DBAN)* Teil jeder EEL-Meldung des Arbeitgebers an den SV-Träger. Mit der Datensatzversion 13 im EEL-Verfahren, die ab 01.01.2026 gültig ist, erfolgt eine Anpassung: Künftig ist der Datenbaustein *DBAN* nur mitzuliefern, wenn die EEL-Meldung ohne Versicherungsnummer erstellt wurde.

Dazu werden folgende neue Kernprüfungen eingeführt:

- *DSLW226*: Wenn die Versicherungsnummer im Datensatz *DSLW* angegeben ist, darf die Meldung den Datenbaustein *DBAN* nicht enthalten.
- *DSLW228*: Wenn die Versicherungsnummer im Datensatz *DSLW* nicht angegeben (initial) ist, muss die Meldung den Datenbaustein *DBAN* enthalten.



Diese Änderung ist nicht im Hinweis 3634007 (und damit nicht im Jahreswechsel-Support Package) enthalten. EEL-Meldungen werden in Version 13 vom Report *Erstellung Ausgangsmeldungen Entgeltersatzleistungen* (RPCEEVD0_OUT) weiterhin in allen Fällen mit dem Datenbaustein *DBAN* erzeugt.

In der Folge werden die Meldungen abgelehnt, sofern eine Versicherungsnummer enthalten ist (Regelfall).

Die Meldungserstellung wird mit diesem Hinweis entsprechend angepasst.



Spielen Sie diesen Hinweis zwingend ein, nachdem Sie das Jahreswechsel-Support Package 2025/26 implementiert haben und bevor sie danach erstmalig EEL-Meldungen im Jahr 2026 (in der neuen Datensatzversion 13) erstellen.

Hinweis 3693226 – EEL: Korrektur der Meldungszuordnung bei Stornierung einer Eingangsmeldung

Sie verwenden den Report *Erstellung Ausgangsmeldungen Entgeltersatzleistungen* (RPCEEVD0_OUT), um EEL-Meldungen zu erstellen. Sie erstellen beispielsweise eine Entgeltbescheinigung mit Abgabegrund *01 (Krankengeld)* im Jahr 2025 in Datensatzversion 12.

Sie schicken diese Meldung an die Krankenkasse und erhalten daraufhin von der Krankenkasse eine Rückmeldung, ebenfalls in der Datensatzversion 12, über die Höhe des Krankengeldes (Datenbaustein *DBHE*).

Im Jahr 2026 storniert die Krankenkasse die Rückmeldung über die Höhe des Krankengeldes (*DBHE*, Abgabegrund *71*) in Datensatzversion 13. Sie verwenden daraufhin den Report *Zuordnung Entgeltersatzleistung Eingang* (RPCEEHD0_IN), um die Stornierung der Krankenkasse der Rückmeldung zuzuordnen.

Das System ordnet die Stornierung der Rückmeldung nicht zu.

Der vorliegende Hinweis verspricht hier Abhilfe.

EAU – MELDEVERFAHREN

Hinweis 3696383 – eAU: Meldungsersteller - Unberechtigte Stornierung bzw. Statusumsetzung von eAU-Anfragen

Der Report *eAU-Anfragen erstellen* (RP_PAYDE_EAU_CREATE_NOTIFS) versetzt eAU-Anfragen, die bisher ausschließlich mit einer Zwischennachricht beantwortet wurden, fälschlicherweise in den Status *storniert*. Die Zwischennachricht erhält den Status *verarbeitet*. Zusätzlich tritt dabei eine der folgenden Verhaltensweisen auf:

- **A** - Es wird keine Stornierung der eAU-Anfrage erstellt und die Fehlermeldung *'Für die zu stornierende Meldung liegt bereits eine Rückmeldung vor'* (HRPAYDE_EAU015) ausgegeben.
- **B** - Es wird eine Stornierung der eAU-Anfrage erstellt und zusätzlich die Information *'Es sind noch Rückmeldungen im Status "zu prüfen" vorhanden'* (HRPAYDE_EAU028) ausgegeben.

In Folgeläufen des Reports wird, wenn erforderlich, eine neue eAU-Anfrage zum selben Anfragestichtag (Feld *Abwesenheit_ab_AG*) erstellt.

Im Fall **A** geschieht dies beim nächsten Reportlauf.

Im Fall **B** geschieht dies, wenn 14 (bei *Nachweis liegt nicht vor* oder *In Prüfung*) bzw. 28 Kalendertage (bei *Weiterleitungsverfahren*) nach dem Erstelldatum der Zwischennachricht vergangen sind.

Der Fehler tritt auf, wenn:

- Zum Anfragestichtag der eAU-Anfrage eine Änderung der Personalstammdaten vorliegt, die relevant für eine Stornierung mit Neuerstellung einer eAU-Anfrage ist (z. B. Namensänderung).
- Eine eAU-Anfrage bisher ausschließlich mit einer Zwischennachricht (*Kennzeichen der Rückmeldung* = **4** (*Nachweis liegt nicht vor*), **7** (*In Prüfung*) oder **9** (*Weiterleitungsverfahren*)) beantwortet wurde.
- Die Zwischennachricht im Status *zu prüfen* steht.

Der Fehler tritt nach dem Einspielen des SAP-Hinweises nicht mehr auf. eAU-Anfragen, die fälschlicherweise im Status *storniert* stehen, obwohl keine Stornierung erstellt wurde, müssen nicht weiter bearbeitet werden, etwaige Aufgaben im Notification Tool aus Fallkonstellation **A** können auf *erledigt* gesetzt werden.

Hinweis 3698408 – eAU: Syntaxfehler im Include LPT_GUI_SAP_TMW_DETAILF02

Beim Ausführen des *Arbeitsplatz Personalzeitmanagement* (Transaktion *PTMW*) kommt es zu einem Dump wegen eines Syntaxfehlers im Include *LPT_GUI_SAP_TMW_DETAILF02*.

Voraussetzung ist, dass Sie das Jahreswechsel-Support Package 2025/2026 für das Release *SAP_HR 608* (F2), *604* (M4) bzw. *600* (P8) eingespielt haben. Ihre Software-Komponente *EA-HR* ist jedoch noch auf einem Support Package-Stand vor dem Jahreswechsel 2024/2025 (*D9* für *EA-HR 608*, *G2* für *607*, *H3* für *606*, *I8* für *605*, *L1* für *604*, *L9* für *603*, *M4* für *602* bzw. *O6* für *600*).

Der Syntaxfehler wird mit diesem Hinweis behoben.

BA-BEA - BESCHEINIGUNGEN ELEKTRONISCH ANNEHMEN – ARBEITSAGENTUR

Hinweis 3622772 – BA-BEA: Separate Einträge pro Meldungstyp in Aufrolltabelle

Beim Anlegen des Infotyps *Elektronischer Datenaustausch* (0700) für eine *Arbeitsbescheinigung*, *Arbeitsbescheinigung EU* oder eine *Nebeneinkommensbescheinigung* wird das Beginndatum des Infotyps in der Tabelle *P01SV_MLDAUFR* (*Steuerung der Aufrollung im SV-Meldewesen*) gespeichert. Dieses wertet der Report zum Erstellen von BEA-Meldungen (*RPCBAVD0_OUT*) aus, um festzustellen, für welche Personalnummern eine Meldung zu erstellen ist. Bisher wurde für alle drei BEA-Meldungen (*DSAB*, *DSEU* und *DSNE*) das Datum unter der gleichen Datenart (*BAA*) abgespeichert.

Wenn Sie für einen Mitarbeitenden eine Arbeitsbescheinigung und eine Nebeneinkommensbescheinigung erstellen müssen und die Meldungen in einem separaten Lauf des Meldungserstellers erstellen, wurde das Datum aus der Tabelle *P01SV_MLDAUFR* bereits im ersten Lauf gelöscht und im zweiten Lauf die weitere Meldung nicht mehr erstellt.

Mit diesem Hinweis werden drei separate Werte (*\$AB*, *\$EU* und *\$NE*) für die BEA-Meldungen in der Tabelle *P01SV_MLDAUFR* ausgeliefert, damit die Meldungen auch bei separaten Läufen des Meldungserstellers korrekt erstellt werden können.

Für das Startdatum (welches ebenfalls in der Tabelle *P01SV_MLDAUFR* gespeichert wird), wird weiterhin die Datenart *BAA* verwendet.

Hinweis 3684107 – BA-BEA: DSEU zusätzliche Monate bei unwid. Freistellung mit Weiterzahlung

Im Report *BEA-Meldungsersteller* (RPCBAVD0_OUT) fehlen bei der Erstellung einer *Arbeitsbescheinigung für Zwecke des über- und zwischenstaatlichen Rechts* (DSEU) bei einer unwiderruflichen Freistellung Entgeltdaten zwischen dem *Beschäftigungsverhältnisende* (BVEND) und dem *Arbeitsverhältnisende* (AVEND).

Im Normalfall ist es korrekt, dass der Baustein *Entgeltdaten EU* (DBEE) Daten bis *Ende Beschäftigungsverhältnisses* (BVEND) enthält.

Ausnahmsweise müssen bei einer unwiderruflichen Freistellung zusätzlich zu den 24 Monaten vor *Ende Beschäftigungsverhältnisses* auch die Entgeltdaten zwischen *Ende des Beschäftigungsverhältnisses* und *Ende des Arbeitsverhältnisses* (AVEND) angegeben werden.

Das soll dieser Hinweis bewirken.

Hinweis 3682101 – BA-BEA: Falsches fiktives Arbeitsentgelt bei Altersteilzeit V

Sie erstellen die *Arbeitsbescheinigungen* mit dem Report *BEA-Meldungsersteller* (RPCBAVD0_OUT). Hierbei wird bei Altersteilzeit im Datenbaustein *Entgeltdaten* (DBEN) ein zu geringer Betrag beim SV-Fiktivbrutto gemeldet.

Der Fehler tritt nur auf, wenn im entsprechenden Abrechnungsmonat aufgrund von Abwesenheiten weniger als 30 SV-Tage vorhanden sind. Der Fehler ist ein Folgefehler der über den SAP-Hinweis 3550166 ausgelieferten Korrektur.



Bei Lohnarten ohne SV-Split-Zuordnung erfolgt durch diesen Hinweis die Kürzung anhand der SV-Tage bezogen auf die Summe der SV-Tage im kompletten Monat.

RV-BEA FORMS

Hinweis 3694689 – rvBEA Forms: Anpassung der Anforderungsgrundversion für BEEG und LAKRV zum 01.01.2026

Im Meldeverfahren rvBEA Forms ändern sich ab Januar 2026 die abgefragten EBV-Werte.



Für den Anwendungsfall *BEEG* wird der EBV-Wert *Personengruppe* abgefragt.

Für den Anwendungsfall *LAKRV* wird der EBV-Wert *Meldebrutto* nicht mehr abgefragt.

In diesem Zuge erhöht sich die Anforderungsgrundversion für die Anwendungsfälle *BEEG* und *LAKRV* auf 2.0.0.

Die Anpassung der EBV-Werte wurde mit dem SAP-Hinweis 3652585 - *rvBEA Forms: Anpassungen zum Jahreswechsel 2025/2026* ausgeliefert. Die Anpassung der Anforderungsgrundversion wurde von der DSRV nachträglich veröffentlicht.

Der Testreport *rvBEA Forms: Erzeugen von Testmeldungen* (RP_PAYDE_RVF_CREATE_TEST_NOTIF) wird angepasst, sodass ab 01.01.2026 Testmeldungen mit der neuen Anforderungsgrundversion erzeugt werden. Im Report *rvBEA Forms Antworten zu Anforderungen erstellen* (RP_PAYDE_RVF_CREATE_NOTIFS) wird die Anforderungsgrundversion der *Anforderung* (DXAR) übernommen, daher sind hier keine Anpassungen erforderlich.

DSAK – DATENSATZ ARBEITGEBERKONTO

In diesem Support Package ist erfreulicherweise kein Hinweis dazu enthalten.

UV-MELDEVERFAHREN

In diesem Support Package ist erfreulicherweise kein Hinweis dazu enthalten.

EUBP – ELEKTRONISCH UNTERSTÜTZTE BETRIEBSPRÜFUNG

Hinweis 3671705 – euBP: Fehlendes Eintrittsdatum bei nachträglich gepflegtem Wiedereintritt mit organisatorischem Wechsel

Sie führen den Report *Erstellung von euBP Meldungen* (RP_PAYDE_EBP_CREATE_NOTIFS) aus und erhalten die Fehlernachricht '*Pflichtfeld im Datensatz DSAN nicht gefüllt: EINTR.*'

Der Fehler tritt auf, wenn ein Personalfall für einen Monat (mindestens) zwei Abrechnungsergebnisse aufweist. In einem Abrechnungsergebnis liegt im kompletten Monat ein Austritt vor. Im anderen Abrechnungsergebnis tritt der Personalfall untermonatig bei einer anderen Betriebsnummer wieder ein. Außerdem muss der Personalfall in beiden Splits der Abrechnungstabelle *Arbeitsplatz/Basisbezüge* (WPBP) dieser anderen Betriebsnummer zugeordnet sein.

Dieser Hinweis behebt den Fehler.

Hinweis 3670154 – euBP: Performanceverbesserung

Für eine elektronisch unterstützte Betriebsprüfung (euBP) müssen sämtliche Abrechnungsergebnisse eines Personalfalls gemeldet werden, bei denen der Personalfall den relevanten Betriebsnummern dieser euBP zugeordnet war. Eine Selektion über Stammdaten kann daher nicht vorgenommen werden, da diese nicht historisch vorliegen. Eine Prüfung auf Relevanz für die euBP muss daher über die im Abrechnungsergebnis enthaltene Zuordnung zu einer Betriebsnummer erfolgen.



Im Selektionsbild des Reports *Erstellung von euBP Meldungen* (RP_PAYDE_EBP_CREATE_NOTIFS) wurde das Ankreuzfeld *Vorabselektion zulassen* ergänzt.

Über diesen Parameter wird die Vorabselektion effizienter gestaltet, indem nicht relevante Personalfälle schneller aussortiert werden. Performanceverbesserungen ergeben sich daher vor allem, wenn ein hoher Anteil der selektierten Personalfälle nicht relevant für die Meldungserstellung ist. Ist der Anteil der relevanten Personalfälle dagegen hoch, kann es zu einer schlechteren Performance kommen. Nicht relevante Personalfälle sind Personalfälle, die Betriebsnummern zugeordnet sind, die von der Betriebsprüfung nicht betroffen sind. Außerdem sind es Personalfälle, die im Datenübermittlungszeitraum nicht mehr aktiv sind.

Zusätzlich zum Einspielen der maschinellen Korrekturanleitung sind nur im Softwarerelease *SAP_HRCDE 604* weitere manuellen Nacharbeiten erforderlich:



Spieren Sie den SAP-Hinweis 3673153 über die Transaktion *SNOTE* in Ihr System ein und rufen Sie unmittelbar nach dem Einbau dieses vorausgesetzten SAP-Hinweises den Report *NOTE_3670154* über die Transaktion *SA38* auf. Folgen Sie den Anweisungen auf dem Selektionsbild. Der Report führt Erweiterungen durch, die nicht über die Transaktion *SNOTE* unterstützt werden. Die Objekte werden durch den Schritt *UPDATE & ACTIVATE* (Step 2) angelegt und auf einen Transportauftrag geschrieben und können anschließend, wie alle anderen Objekte auch, in die Folgesysteme transportiert werden.

A1– MELDEVERFAHREN

In diesem Support Package ist erfreulicherweise kein Hinweis dazu enthalten.

KURZARBEIT**Hinweis 3684186 – KEA: Korrekturen 4 / 2025**

In den Meldetabellen für das KEA-Meldeverfahren *P01_KEA_ANTRAG* und *P01_KEA_ABREINTR* können nur Beträge mit maximal sieben Stellen vor dem Komma gespeichert werden (z. B. Gesamtbetrag, Soll-Entgelt, Ist-Entgelt, ...). Dies kann bei großen Unternehmen unter Umständen nicht ausreichen.

Die den Betragsfeldern zugrundeliegende Domäne *HRPAYDE_KEA_ENTGELT* wird dahingehend angepasst, dass künftig 11 Stellen vor dem Komma möglich sind.

Des Weiteren enthält dieser SAP-Hinweis technische Korrekturen sowie eine Anpassung des Muster-customizings: Mit SAP-Hinweis 3675576 - *KEA: Pflege der Abteilung* wurde die Pflege der Abteilung von der Tabellensicht *V_T596M* in die *V_T5D3E_KEA* umgezogen. Dies wird nun im Mustercustomizing für die Referenznummern *5000* bis *5005* nachgeholt.

Die Änderung des Mustercustomizings ist nur per Support Package verfügbar.

Hinweis 3679537 – Qualifizierungsgeld: Korrekturen 2/2025

Dieser Hinweis enthält Korrekturen für die Funktionen zur Abrechnung von Qualifizierungsgeld.



Diese befindet sich aktuell in Pilotierung und ist noch nicht allgemein freigegeben.

Bisher kann der Arbeitsausfall aufgrund einer Qualifizierungsmaßnahme über Kurzarbeit-Vertretungen oder über einen im Infotyp *Kurzarbeit/Saison-Kurzarbeit* (0049) eingetragenen Arbeitszeitplan erfasst werden. Die Direkterfassung der Ausfallstunden über den Infotyp *Entgeltbelege* (2010) war bisher nicht möglich.

Mit dem vorliegenden Hinweis werden die neuen Musterlohnarten *MKQ2* und *MKQ3* zur Direkterfassung der Ausfallstunden ausgeliefert.

Im Report zur Berechnung des Qualifizierungsgeldes *RP_PAYDE_QG_CALC_QUALIGELD* werden mit diesem Hinweis zudem Fehler korrigiert und fehlende Funktionen ergänzt:

- Bei einem untermonatigen JUPER-Wechsel innerhalb des Referenzmonats war nicht sichergestellt, dass das richtige Abrechnungsergebnis berücksichtigt wird.
- Bei mehreren WPBP-Zeiträumen innerhalb eines Monats wurde das Soll-Entgelt nicht korrekt aufsummiert.
- Sofern in der Tabelle *Gesamtsicht auf Qualifizierungsgeld* (*V_T5D3E_QG*) das Feld *Antrag gesendet* markiert ist, konnte der Report nicht mehr ausgeführt werden. Nach der Korrektur ist eine Ausführung ohne Datenbank-Update möglich.

- Bei der Ausführung ohne Datenbank-Update wurden die Prüfungen für die zu erstellenden Infotypsätze nicht durchgeführt. Dadurch fielen Probleme erst bei der Ausführung mit Datenbank-Update auf.
- Wenn Sie Ihr Abrechnungsschema dahingehend angepasst haben, dass Kurzarbeit nur in Rückrechnungen berechnet wird, wurde durch das Programm kein Soll-Entgelt berechnet. Mit der Korrektur wird ein Parameter im Selektionsbild ergänzt, mit dem gesteuert werden kann, dass die Abrechnungssimulation für den Referenzmonat immer als Rückrechnung aus dem Folgemonat des Referenzmonats erfolgt.



Sofern Sie in Ihrem Abrechnungsschema eine Kopie der Personalrechenregel *DKD0* verwenden, übernehmen Sie die Änderung der Rechenregel *DKD0*, indem Sie die Verarbeitungen für Grpg/MitarbKreis *A, B* und *C* ergänzen und in der Verarbeitung für Grpg/MitarbKreis *** die Regelzeile für die Ausprägung *H* in Verarbeitungs-kategorie *71* übernehmen.

BESCHEINIGUNGSWESEN

Hinweis 3690874 – BEW: Verdienstbescheinigung Kinderzuschlag: Keine VWL

In der *Verdienstbescheinigung Kinderzuschlag gem. § 6a BKGG (0028)* werden unter Umständen keine im Bruttoarbeitsentgelt enthaltenen vermögenswirksamen Leistungen (VWL) angezeigt.

Voraussetzungen sind

- Vermögenswirksame Leistungen (Infotyp 0010),
- die Korrektur aus SAP-Hinweis 3600752 - *Verdienstbescheinigung Kinderzuschlag: Fehlerhafte Bescheinigung Punkt 2.1 (Auszahlung im ...)*
- und das Customizing der *Daten des Personalbereich Berichtswesens* für die Teilapplikation *Bescheinigungswesen D: Bescheinigungen an die BA (V_T596M, 01, BWBA)*.

Eine Einstellung der '*Fälligkeit des Arbeitsentgelts zum*' verändert seit der Korrektur die Zeitraumangaben der Bescheinigungslohnarten *Gesamtbrutto (BRUG)* und der *Steuern und Sozialbeiträge des Arbeitnehmers (ABZ2)* entsprechend der Einstellungen im Personalbereich Berichtswesen.

Es fehlt die Korrektur der Zeitraumangaben der Bescheinigungslohnart *Vermögenswirksame Leistungen (VWL1)*.

In der Bescheinigung *0028* wird dann im Abschnitt *2.1 Laufend gezahltes Arbeitsentgelt* eine Tabelle mit dem *Bruttoarbeitsentgelt (BRUG)* und die zeitlich dazu passenden *Steuern und Sozialbeiträge des Arbeitnehmers (ABZ2)* angezeigt, aber keine *Vermögenswirksame Leistungen (VWL1)*, wenn die nicht mehr zu den Zeitraumangaben des *Bruttoarbeitsentgelts* passen.

Mit diesem Hinweis werden auch die Zeitraumangaben der *Vermögenswirksamen Leistungen (VWL1)* entsprechende der Einstellungen im Personalbereich Berichtswesen angepasst.

Hinweis 3687997 – BEW: Bürgergeld - Fehlende zukünftige Einmalzahlungen

In der *Bürgergeld-Bescheinigung* (0026) erfolgt kein Andruck unter 7. *Einmalzahlungen und Nachzahlungen* bei der Pflege zukünftiger Einmalzahlungen über die Infotypen 0014, 0015 oder 0650.

Die frühere *Arbeitslosengeld-II-Bescheinigung* verlangte nur einen Monat als Zeitraum für die Datenangabe. Die jetzige *Bürgergeld-Bescheinigung* verlangt sechs Monate. Ein Nebeneffekt davon ist das Fehlen zukünftiger Einmalzahlungen.

Durch diesen Hinweis werden über Infotyp 0650 gepflegte zukünftig Einmalzahlungen im Abschnitt 7. *Einmalzahlungen und Nachzahlungen* angezeigt.

Anmerkung: Wie schon in SAP-Hinweis 3563999 erwähnt, hat die Bundesagentur für Arbeit schon ein neueres Formular (Stand 04/2025). In dem neuen Formular fehlt die Aussage über zukünftig anfallende Einmalzahlungen. Aber die AWV hat dazu noch keinen eigenen Vordruck veröffentlicht. Bis dahin und bis zu dessen Umsetzung berücksichtigt die *Bürgergeld-Bescheinigung* (0026) nun auch wieder zukünftige Einmalzahlungen.

ÖFFENTLICHER DIENST

Hinweis 3616465 – Stufensteigerung: Hemmung durch Arbeitsunfähigkeit nach Ende

Gemäß *TVöD VKA §17 Abs. 3* (analog im *TV-L*) wird die Steigerung in die nächsthöhere Leistungsstufe um die Zeit gehemmt, die eine Arbeitsunfähigkeit gem. *§ 22 TVöD* länger als 39 Wochen dauert.

Bisher wird dies in den durch SAP ausgelieferten Implementierungen von Business Add-In (BAI) *HRDEPBS_RECL_ABWES* (*Verarbeitung von Abwesenheiten nach Abwesenheitstyp*) in Erweiterungsspot *HRDEPBS_RECLASS* (*Tarifliche Umstufung im öffentlichen Dienst*) so umgesetzt, dass -ausgehend vom Zeitpunkt der letzten Stufensteigerung- in diversen wählbaren Variationen die Zusammengehörigkeit von Arbeitsunfähigkeiten und dann deren Gesamtdauer ermittelt wird. Alle Zeiten über 39 Wochen wirken hemmend.



Im Kundenfeedback wurde teilweise die Auffassung vertreten, dass alle Arbeitsunfähigkeiten, in denen weder Lohnfortzahlung noch Krankengeldzuschuss gezahlt werden, als hemmend zu werten sind.

Beginnt eine zusammenhängende Arbeitsunfähigkeit bereits vor dem Zeitpunkt der letzten Stufensteigerung, so ist auf Basis der Kundenrückmeldung auch dieser Zeitraum auf die 39 Wochen aus *TVöD VKA §17 Abs. 3* anzurechnen, um Analogie zu den Zeiträumen der Lohnfortzahlung und des Krankengeldzuschusses zu schaffen.

Eine Anfrage zur Rechtsauffassung unserer Kunden im Forum des DSAG Arbeitsgruppe *HR in der öffentlichen Verwaltung* brachte kein einheitliches Meinungsbild.

Wenn Sie mit der **derzeitigen Umsetzung** im SAP Standard einverstanden sind, müssen Sie **keine Änderung** in Ihrem System vornehmen.



Wenn zur Hemmung der Stufensteigerung alle Arbeitsunfähigkeiten herangezogen werden sollen, in denen weder Lohnfortzahlung noch Krankengeldzuschuss gezahlt werden, implementieren Sie diesen SAP-Hinweis oder spielen Sie das entsprechende Support Package ein.

Teil des Hinweises ist die neue, zusätzliche Implementierung *HRDEPBS_RECL_ABWES_KRANK_V3 (Abwesenheitsverarbeitung für Krankheit/Arbeitsunfähigkeit analog Krankengeldzuschuss)* von BAdI *HRDEPBS_RECL_ABWES (Verarbeitung von Abwesenheiten nach Abwesenheitstyp)*. Aktivieren Sie diese BAdI-Implementierung statt der bisher von Ihnen genutzten.

Gehen Sie dazu wie folgt vor:



1. Rufen Sie den *Einführungsleitfaden (IMG)* z.B. mit den Transaktionen *SPRO*, *SIMG* oder *SIMGH* auf.
2. Unter *Personalabrechnung* → *Abrechnung Deutschland* → *Branchen* → *Öffentlicher Dienst* → *Einrichten von Spartentarifen* → *Stufenermittlung neu* → *Berücksichtigung von Abwesenheiten* öffnen Sie die Aktivität *BAdI: Verarbeitung von Abwesenheiten nach Abwesenheitstyp*.
3. Deaktivieren Sie im folgenden Popup-Fenster für die Erweiterungsimplementierung *HRDEPBS_RECL_ABWES_KRANKHEIT (Abwesenheitsverarbeitung für Krankheit/Arbeitsunfähigkeit)* die bisher in Ihrem System aktive BAdI-Implementierung.
4. Aktivieren Sie stattdessen die BAdI-Implementierung *HRDEPBS_RECL_ABWES_KRANK_V3 (Abwesenheitsverarbeitung für Krankheit/Arbeitsunfähigkeit analog Krankengeldzuschuss)*.
5. Bestätigen Sie Ihre Wahl im Popup-Fenster durch einen Klick auf den Haken (*Fertig*).

Wichtig:



Auch wenn es technisch zulässig ist mehrere aktive BAdI-Implementierungen parallel zu nutzen, macht dies im Anwendungsfall keinen Sinn und wird zu falschen Berechnungen führen. Stellen Sie deshalb sicher, **dass es nur eine aktive BAdI-Implementierung innerhalb der Erweiterungsimplementierung *HRDEPBS_RECL_ABWES_KRANKHEIT* gibt.**

Hinweis 3693171 – TVöD SuE Umwandlungstage: Abbruch in der Abrechnung bei Umwandlungstag und Krankengeldzuschuss

In einem Monat mit einem SuE Umwandlungstag und einer Abwesenheit Krankheit mit Krankengeldzuschuss (außerhalb der Lohnfortzahlung), kommt es im Fiktivlauf zum Nettourlaubslohn zu einem Abbruch.

Ursache ist ein fehlender Eintrag in *V_T554C* für Abwesenheitsbewertungsgruppierung 51 und Bewertungsregel 15.

Folgende manuelle Tätigkeiten sind durchzuführen:



1. Öffnen Sie die Transaktion *SM30* und wählen Sie den View *V_T554C* im Pflegemodus aus.
2. Geben Sie bei HCM Lokalisierung *01* ein und kopieren Sie den Eintrag für AbwBewGrpg 28 und Bewertungsregel 15.
3. Im neuen Eintrag geben Sie bei AbwBewGrpg 51 ein.
4. Sichern Sie den neuen Eintrag.



Falls Sie die manuelle Aktivität durchgeführt haben, müssen keine weiteren Folgeaktivitäten durchgeführt werden. Falls Sie das HRSP eingespielt haben, muss die Customizing-Sicht *V_T554C* mit den Einträgen im Mandanten 000 abgeglichen werden.

Hinweis 3687455 – TVöD Tarifeinigung 2025 (Bund/VKA): Erhöhung der regelmäßigen Arbeitszeit (2)

Im Rahmen des Tarifabschlusses 2025 für den öffentlichen Dienst (*TVöD*) kann zwischen Arbeitgebern bzw. Dienststellen und Beschäftigten nach Ende der Probezeit auf Basis beiderseitiger Freiwilligkeit vereinbart werden, die durchschnittliche regelmäßige Wochenarbeitszeit mit Wirkung ab dem 1. Januar 2026 auf bis zu 42 Stunden zu erhöhen.

Dabei können je nach Tarifvertrag unterschiedliche Grundlagen für die Berechnung des Erhöhungszuschlags zu Grunde liegen. Das Anpassen dieser Grundlagen an die eigene Tarifart ist bisher nur durch das Anlegen von Erweiterungsimplementierungen möglich.

Des Weiteren gilt für die Pfändbarkeit, dass entsprechend den Vorgaben nach § 6 Abs. 1a *TVöD* der auf die Arbeitszeiterhöhung entfallende Teil des gemäß § 24 Abs. 2 Buchst. b) berechneten Tabellenentgelts Teil des Arbeitseinkommens im Sinne von § 850a Nr. 1 ZPO und damit grundsätzlich zur Hälfte unpfändbar ist.

Hierbei ist es derzeit nicht möglich, den auf die Arbeitszeiterhöhung entfallenden Teil des Tabellenentgelts als zur Hälfte unpfändbar zu berücksichtigen, sofern die Lohnart nicht in den Mehrarbeitsstundensatz einfließen soll.

Zudem wird für Lohnarten, die mit dem Modul der indirekten Bewertung *TARIF* und Modulvariante A indirekt bewertet werden, dieser auf die Arbeitszeiterhöhung entfallende Teil des Tabellenentgelts nicht als zur Hälfte unpfändbar behandelt und auch der Arbeitgeber-Anteil der vermögenswirksamen Leistung in diesem Fall nicht entsprechend erhöht wird.

Nach dem Einspielen des HRSP oder der Korrekturanleitung müssen die unten beschriebenen Folgeaktivitäten durchgeführt werden:

Um die für die Berechnung des Erhöhungszuschlags zugrundeliegenden Grundlagen an den eigenen vom TVöD abweichenden Tarifvertrag anzupassen, wird das BAaI *HRPAYDE_IND_EVAL_ERH_AZ* mit dem Interface *IF_HRPAYDE_IND_EVAL_ERH_AZ* zur Verfügung gestellt.

Die kundeneigene Implementierung der Methoden *GET_MAX_STDZL* (maximale Anzahl wöchentlicher Arbeitsstunden), *GET_INT_GRENZTARIFGRUPPE* (interne Tarifgruppe als "Grenze" für den anzuwendenden Prozentsatz) und *GET_REFERENCE_STUFE* (Tarifstufe für die Bemessungsgrundlage des Erhöhungszuschlags) erlaubt das Übersteuern der im TVöD festgeschriebenen Grundlagen, die in den Methoden der Fallback-Klasse *CL_HRPAYDE_IND_EVAL_FB_ERH_AZ* implementiert sind.

Um die Pfändbarkeit zur Hälfte des auf die Arbeitszeiterhöhung entfallenden Teils des Tabellenentgelts unabhängig von der Berücksichtigung für den Mehrarbeitsstundensatz zu gewährleisten, wird die neue Ausprägung *E* der Verarbeitungsklasse *66* eingeführt. Die Verarbeitung erfolgt wiederum im Teilschema *DOT0* über die Rechenregeln *DO08* und *DO09*.

Für Lohnarten, die mit dem Modul der indirekten Bewertung *TARIF* und Modulvariante *A* indirekt bewertet werden, erfolgt die Bildung der Lohnarten */ODE* und */ODF* im Teilschema *DOT0* über die Rechenregeln *DO08* und *DO09*. Somit wird sichergestellt, dass der auf die Arbeitszeiterhöhung entfallende Teil des Tabellenentgelts zur Hälfte unpfändbar ist und der Arbeitgeber-Anteil der vermögenswirksamen Leistung entsprechend erhöht wird.



1. Falls ihr Tarifvertrag eine vom TVöD abweichende Regelung für die Berechnung des Erhöhungszuschlags aufweist, legen Sie eine kundeneigene Implementierung für das BAaI *HRPAYDE_IND_EVAL_ERH_AZ* an und passen Sie die entsprechende Methode an Ihre Bedürfnisse an.
2. Überprüfen Sie, ob Sie im Schema *DOT0* anstelle der Rechenregeln *DO08* kundeneigene Rechenregeln verwenden. Wenn ja, übernehmen Sie für die Rechenregel *DO08* die Änderungen in den *Grpg der Mitarbeiterkreise für die Personalrechenregel 3* und *I*.
3. Prüfen Sie, ob Sie kundeneigene Lohnarten zu den Musterlohnarten *OD03*, *OD0F*, *OD45*, *OD46*, *OD47*, *OD51*, *ODZA*, *ODZE*, *ODZF*, *ODZP* oder *ODZS* angelegt haben und schlüsseln Sie sie ggf. ab dem 01.01.2026 in der Verarbeitungsklasse **66** mit der Ausprägung **E**.
4. Überprüfen Sie, ob Sie im Schema *DOT0* anstelle der Rechenregel *DO08* eine kundeneigene Rechenregel verwenden. Wenn ja, übernehmen Sie für die Rechenregel *DO08* die Änderungen in den *Grpgen der Mitarbeiterkreise für die Personalrechenregel A* und *I*.



Wenn ein Abbruch in der Abrechnung aufgrund von fehlender Gültigkeit der Lohnart */ODE* vor dem Jahr 2026 auftritt, prüfen Sie, ob Sie eine kundeneigene Rechenregel anstelle der Rechenregeln *DO09* aktiv haben und passen Sie diese ggf. an.

Es darf keine Lohnart */ODE* vor dem Jahr 2026 gebildet werden und es wird davon abgeraten, die Gültigkeit der Lohnarten */ODE* und */ODF* vorzuziehen.

Die Lohnart darf nur abgestellt werden, sofern auch eine Lohnart *OD12 (Zuschlag Erh. Arbeitszeit)* oder eine entsprechende Kundenlohnart vorhanden ist.

Sollte es zu Einbauproblemen dieses SAP-Hinweises kommen, verfolgen Sie folgende Ansätze:

- Bei Fehlern vom Objekt-Typ *SHI3* versuchen Sie den SAP-Hinweis 3696168 davor einzubauen.
- Bei Fehlern vom Objekt-Typ *CUS1* für das Objekt *OHADOE ERH AZ 010* folgen Sie den Anweisungen in diesem Artikel der SAP-Wissensdatenbank.

Hinweis 3697906 – EntgO: Kleinere Korrekturen am Mustercustomizing der Entgeltordnung Bund

In der *Entgeltordnung TVöD Bund* gibt es zum Tätigkeitsmerkmal 47 (*Wächterinnen und Wächter*) für die Entgeltgruppe 4 zwei Fallgruppen.

Im Mustercustomizing zur *Entgeltordnung TVöD Bund* fehlen diese zwei Fallgruppen in der Fallgruppentabelle (*T77PAYDE_EO04*).

Der Tätigkeitsschlüssel *III/47 (Wächterinnen und Wächter)* mit der Entgeltgruppe *E4* hat derzeit keine Fallgruppenaufteilung. Dieser Eintrag ist zu ersetzen durch zwei Einträge mit den Fallgruppen

- **1** - Beschäftigte der Entgeltgruppe 3 mit Dienstwaffe, Begleithund oder im Freien
- **2** - Beschäftigte der Entgeltgruppe 3 mit abgeschlossener Berufsausbildung mit einer Ausbildungsdauer von weniger als drei Jahren und entsprechender Tätigkeit

Beim Hinweiseinbau müssen folgende manuelle Tätigkeiten durchgeführt werden:



1. Öffnen Sie die Transaktion SM30, geben Sie *Tabelle/Sicht V_T77PAYDE_EO04* ein und wählen Sie *Pflegen*.
2. Geben Sie bei HCM Lokalisierung *01* ein und wählen Sie bei *Entgeltordnung TVÖED BUND* aus.

3. Fügen Sie folgende Einträge hinzu:

Schlüssel	Entgeltgruppe	Fallgrp.	Beginn	Ende
03/47	E4	01	01.01.2025	31.12.9999
03/47	E4	02	01.01.2025	31.12.9999

4. Löschen Sie folgenden Eintrag:

Schlüssel	Entgeltgruppe	Fallgrp.	Beginn	Ende
03/47	E4		01.01.2025	31.12.9999

5. Sichern Sie die neuen Einträge.



Falls Sie die manuelle Tätigkeit durchgeführt haben, müssen keine weiteren Folgeaktivitäten durchgeführt werden. Falls Sie das HRSP eingespielt haben, muss ein Abgleich Ihres Customizings mit dem SAP-Referenzmandanten 000 durchgeführt werden.

Hinweis 3691930 – Aktualisierung rentenrechtlicher Bemessungswerte 2025/2026

Die für die Berechnung in der Nachversicherungs- und Versorgungsadministration relevanten rentenrechtlichen Bemessungswerte wurden vom Gesetzgeber aktualisiert. Dadurch ist eine Anpassung des Customizings notwendig.

Spielen Sie das entsprechende Support Package ein.



Nach Einspielen des Support-Packages können Sie die folgenden Tabellen/Sichten gegen den Mandanten 000 abgleichen:

- **Aktueller Rentenwert** (Sicht V_T7DEPBBSVAVG01)
- **Umrechnungsfaktor Rente** (Sicht V_T7DEPBBSVAVG02)
- **Jährliche Höchstwerte an Entgeltpunkten** (Sicht V_T7DEPBBSVAVG03)
- **Durchschnittsentgelte** (Sicht V_T7DEPBBSVAVG04)

Wenn Sie die Änderungen vorab vornehmen wollen, erfolgt die Bearbeitung im *IMG: Versorgungsadministration Versorgungsberechnung BeamVG* → *Rentenwerte, Entgeltpunkte und Entgelte*.



1. Fügen Sie in der Sicht V_T7DEPBBSVAVG01 die folgenden Einträge hinzu bzw. aktualisieren Sie die vorhandenen Einträge. Zum Hinzufügen grenzen Sie die jeweils aktuellen Einträge ab.

Tarifgebiet	Gültig ab	Gültig bis	akt. Rentenwert	Währung
20	01.07.2024	30.06.2025	39,32000	EUR
20	01.07.2025	31.12.9999	40,79000	EUR
25	01.07.2024	30.06.2025	39,32000	EUR
25	01.07.2025	31.12.9999	40,79000	EUR
30	01.07.2024	30.06.2025	39,32000	EUR
30	01.07.2025	31.12.9999	40,79000	EUR

2. Sichern Sie die Änderungen.
3. Fügen Sie in der Sicht V_T7DEPBBSVAVG02 die folgenden Einträge hinzu bzw. aktualisieren Sie die vorhandenen Einträge. Zum Hinzufügen grenzen Sie die jeweils aktuellen Einträge ab.

Geb	Rentenversicherung	Gültig ab	Gültig bis	Umr.faktor
20	01 Angestellte/Arbeiter	01.01.2025	31.12.2025	9.391,6980
20	01 Angestellte/Arbeiter	01.01.2026	31.12.9999	9.661,5840
20	02 Knappschaft	01.01.2025	31.12.2025	12.471,7710
20	02 Knappschaft	01.01.2026	31.12.9999	12.830,1680
25	01 Angestellte/Arbeiter	01.01.2025	31.12.2025	9.391,6980
25	01 Angestellte/Arbeiter	01.01.2026	31.12.9999	9.661,5840
30	01 Angestellte/Arbeiter	01.01.2025	31.12.2025	9.391,6980
30	01 Angestellte/Arbeiter	01.01.2026	31.12.9999	9.661,5840
30	02 Knappschaft	01.01.2025	31.12.2025	12.471,7710
30	02 Knappschaft	01.01.2026	31.12.9999	12.830,1680

4. Sichern Sie die Änderungen.



5. Fügen Sie in der Sicht *V_T7DEPBSVAVG03* die folgenden Einträge hinzu bzw. aktualisieren Sie die vorhandenen Einträge. Zum Hinzufügen grenzen Sie die jeweils aktuellen Einträge ab.

Gültig ab	Gültig bis	endg EP	vorl. EP
01.01.2023	31.12.2023	1,9583	2,0305
01.01.2024	31.12.2024	1,9242	1,9974
01.01.2025	31.12.2025	1,9131	1,9131
01.01.2026	31.12.9999	1,9521	1,9521

6. Sichern Sie die Änderungen.
7. Fügen Sie in der Sicht *V_T7DEPBSVAVG04* die folgenden Einträge hinzu bzw. aktualisieren Sie die vorhandenen Einträge. Zum Hinzufügen grenzen Sie die jeweils aktuellen Einträge ab.

Gültig ab	Gültig bis	Endgelte endg.	Entgelte vorl.	Währung
01.01.2023	31.12.2023	44.732,00	43.142,00	EUR
01.01.2024	31.12.2024	47.085,00	45.358,00	EUR
01.01.2025	31.12.2025	50.493,00	50.493,00	EUR
01.01.2026	31.12.9999	51.944,00	51.944,00	EUR

8. Sichern Sie die Änderungen.



Beachten Sie, dass aufgrund der rückwirkenden Änderung der Bemessungswerte Unterschiede in der Nachversicherungs- bzw. der Versorgungsberechnung auftreten können.

Hinweis 3699886 – Altersteilzeitzuschlag für Beamte ab 01.01.2026 nicht korrekt

Die Berechnung des Altersteilzeitzuschlags für Beamte ist ab dem 01.01.2026 nicht korrekt. Aufgrund eines zu niedrigen Betrags für die Lohnsteuer innerhalb der Berechnung des Zuschlags sind die berechneten Werte des Zuschlags zu hoch.

Der Fehler tritt nur auf, falls der Altersteilzeitzuschlag auf Basis der fiktiven Nettobesoldung berechnet wird.

Ab dem 01.01.2026 wird im Programmablaufplan zur Berechnung der Lohnsteuer für 2026 (PAP 2026 s. Hinweis 3662178) der neue Eingangsparameter *ALV* benötigt. Für die nicht in der Arbeitslosenversicherung pflichtversicherten Beamten ist in diesem Parameter der Wert *1* vorzugeben.

Diese Änderung wurde fälschlicherweise im Programm *RPCATTD1* zur Berechnung der Abzüge für den Altersteilzeitzuschlag nicht berücksichtigt.

Hinweis 3659861 – ZV-Meldewesen: Stornierung von Jahresmeldungen bei Änderung des gemeldeten Beschäftigungsbeginns

Der Meldungsersteller im ZV-Meldewesen (Report RPCZVMD2) storniert richtigerweise eine Anmeldung, allerdings nicht die bereits nach der Anmeldung versendeten Jahresmeldungen.

Dadurch kommt es zur Ablehnung der Anmeldestornierung seitens der VBL, da gemäß RIMA bei der Stornierung einer Anmeldung auch bereits versendete Jahresmeldungen/Abmeldung storniert und neu gemeldet werden müssen.

Der Fehler tritt auf, wenn über den Infotyp *Datumsangaben* (0041) ein abweichender Beginn des Beschäftigungsverhältnisses für die Anmeldung vorgegeben wurde und dieser nach Versand von Jahresmeldungen korrigiert wird. Dabei liegen der ursprüngliche und der korrigierte Beginn des Beschäftigungsverhältnisses vor dem Versicherungsbeginn.

Implementieren Sie die angefügte Korrekturanleitung oder spielen Sie das angegebene Support Package ein. Nach dem Einspielen des HRSP oder der Korrekturanleitung müssen keine weiteren Folgeaktivitäten durchgeführt werden.

Mit diesem SAP-Hinweis werden zusätzlich im SAP-Mustercustomizing erstmalig Datumsarten ausgeliefert, mit denen der Versicherungsbeginn, die maximale Meldungstiefe und der Beginn des Arbeitsverhältnisses übersteuert werden können (siehe hierzu auch die Customizing-Aktivität *Abrechnung Deutschland* → *Branchen* → *Öffentlicher Dienst* → *Zusatzversorgung* → *Meldungswesen* → *Datumsarten festlegen und Datumskennzeichen zuordnen*):

Datumsart	Datumskennzeichen
02 - technischer Eintritt ZVK	32 - tatsächlicher ZV-Versicherungsbeginn
16 - technischer Beginn ZVK	33 - maximale ZV-Meldungstiefe
36 - techn. Arbeitseintritt ZVK	36 - tatsächlicher Beginn Arbeitsverhältnis